

PRESSEDIENTST

13.08.2026

Neue Studie des IMK

Arbeitskosten: Deutschland fällt um zwei Plätze zurück auf Position sieben in der EU – fünftniedrigster Anstieg unter 27 Staaten

Die Lohnstückkosten der deutschen Wirtschaft sind im Zuge der durch den russischen Krieg gegen die Ukraine, die chinesische Subventionspolitik, die chaotischen US-Zolleskalationen und zuletzt den Krieg gegen den Iran ausgelösten Energie- und Nachfragekrise seit 2023 deutlich stärker gestiegen als in den Jahren zuvor. Auf längere Sicht, seit dem Jahr 2000, liegt die deutsche Lohnstückkostenentwicklung mit 1,9 Prozent im Jahresdurchschnitt aber trotzdem noch knapp unter dem Inflationsziel der Europäischen Zentralbank und ist somit für den Gesamtzeitraum stabilitätskonform. Zudem haben die stärkeren Zuwächse der vergangenen Jahre weitaus mehr mit einer schwachen Produktivitätsentwicklung in Deutschland zu tun als mit den Arbeitskosten. Das ergibt eine neue Studie des Instituts für Makroökonomie und Konjunkturforschung (IMK) der Hans-Böckler-Stiftung*. Mit Arbeitskosten von 45,70 Euro pro Stunde in der Privatwirtschaft rangierte die Bundesrepublik Ende 2025 auf Position sieben in der EU, nachdem es ein Jahr zuvor Rang fünf war. Denn Schweden (46,60 Euro) und die Niederlande (46,20 Euro) haben sich mit einem stärkeren Anstieg der Arbeitskosten vor Deutschland geschoben. An der Spitze im EU-Vergleich liegen mit Arbeitskosten zwischen 56,20 und 49,70 Euro Luxemburg, Dänemark und Belgien. Auch in Österreich sind die Arbeitskosten mit 46,30 Euro höher als in Deutschland (detaillierte Daten in der Tabelle im Anhang). Frankreich folgt auf Position acht mit 44,70 Euro.

Unter den 27 EU-Ländern verzeichnete Deutschland 2025 den fünftniedrigsten Anstieg der Arbeitskosten mit 3,4 Prozent gegenüber 4,3 Prozent im EU-Durchschnitt. In der deutschen Industrie war die Zunahme mit 2,0 Prozent sogar EU-weit die geringste in diesem Wirtschaftsbereich. Zudem hat insgesamt bei der Arbeitskostenentwicklung die Dynamik abgenommen gegenüber den Vorjahren, die geprägt waren vom nachholenden Ausgleich der Kaufkraftverluste durch die Inflationswelle. In den süd- und osteuropäischen EU-Ländern sind die Arbeitskosten zwar deutlich niedriger als in West- und Nordeuropa, sie wachsen aber auch weitaus stärker, insbesondere im Osten. 2025 legten die Arbeitskosten auf Euro-Basis zwischen 6,8 Prozent in der Slowakei und 13,1 Prozent in Bulgarien zu. Dazwischen lagen unter anderem Ungarn mit 7,7 Prozent, die Tschechische Republik mit 9,6 Prozent, Polen mit 10,0 Prozent und Rumänien mit 10,6 Prozent.

„Die deutsche Arbeitskostenentwicklung war 2025 unauffällig und nicht der wesentliche Treiber des Lohnstückkosten-Anstiegs“, leiten die

Ansprechpartner in der
Hans-Böckler-Stiftung:

Prof. Dr. Sebastian Dullien
Wissenschaftlicher Direktor IMK
Telefon +49 211 7778-331
sebastian-dullien@boeckler.de

Rainer Jung
Leiter Pressestelle
Telefon +49 211 7778-150
rainer-jung@boeckler.de

IMK – Institut für Makroökonomie
und Konjunkturforschung
in der Hans-Böckler-Stiftung
Georg-Glock-Straße 18
40474 Düsseldorf

presse@boeckler.de
www.boeckler.de
www.imk-boeckler.de

Studienautor*innen Prof. Dr. Alexander Herzog-Stein, Dr. Ulrike Stein und Nico Rudolf aus den Daten ab. „Ausschlaggebend war die anhaltende Nachfrageschwäche, die die Wirtschaftsentwicklung dämpfte und bei gleichzeitig robustem Arbeitsmarkt das Produktivitätswachstum bremste.“ Bei der Berechnung der für die Wettbewerbsfähigkeit wichtigen Lohnstückkosten werden die Arbeitskosten ins Verhältnis zur Produktivitätsentwicklung gesetzt. Dabei stehen die Arbeitskosten im Zähler des Bruchs, die Produktivität im Nenner. Die Produktivität der deutschen Wirtschaft hat sich in den vergangenen Jahren schwach entwickelt.

Ein Grund dafür ist, dass etliche Unternehmen trotz geringerer Nachfrage und Auslastung ihre Beschäftigung lange relativ wenig reduziert haben. Mit dieser Strategie hatten sie etwa in der „Großen Rezession“, der Finanz- und Weltwirtschaftskrise von 2008 und 2009, großen Erfolg: Als die globale Konjunktur wieder anzog, konnten sie mit eingespielten Belegschaften durchstarten. Angesichts des demografischen Wandels erscheint das umso sinnvoller. Allerdings war der wirtschaftliche Einbruch damals zwar abrupt und schwer, er zog sich jedoch nicht so lange hin wie die aktuelle „Polykrise“ ab der Pandemie 2020. Mehrfach zeigte seitdem der Trend bei privater Nachfrage und Wirtschaftswachstum wieder nach oben, nur um dann vom nächsten externen Schock wieder gebremst zu werden.

Die Forschenden des IMK durchleuchten in ihrer Studie auch weitere mögliche Faktoren für die schwache Produktivitätsentwicklung der vergangenen Jahre. In einer Shift-Share-Analyse berechnen sie die Effekte des „beschleunigten Strukturwandels“ in Deutschland, der sich darin ausdrückt, dass die im internationalen Vergleich nach wie vor hohe Bedeutung der Industrie in den vergangenen Jahren gegenüber dem Dienstleistungsbereich tendenziell abgenommen hat. Ergebnis: Diese Prozesse dämpfen die gesamtwirtschaftliche Produktivität, die Forschenden stufen den Effekt allerdings als bislang nicht allzu groß ein.

Auffällig sei dagegen „die im internationalen Vergleich geringe Kapitalakkumulation bei Informations- und Kommunikationstechnologien, die auf unzureichende Investitionen in Digitalisierung und Zukunftstechnologien hindeutet“ – auf Kosten der gesamten Produktivitätsentwicklung, konstatieren die Wissenschaftler*innen auf Basis einer statistischen Komponentenzerlegung, die unterschiedliche Produktivitätsfaktoren identifiziert. Deutschland hinkt dabei nicht nur den USA hinterher, sondern auch vergleichbaren EU-Staaten. Und das gelte nicht allein für die öffentliche Infrastruktur, sondern gerade auch für Unternehmen, betonen die Forschenden. Dagegen leistete nach der statistischen Zerlegung die „Qualität und Menge des Faktors Arbeit“ einen „moderaten gleichbleibend positiven Beitrag“ zum Produktivitätsfortschritt.

Die Investitionsschwäche zu überwinden sei also ein wichtiger Schritt, um die Produktivität zu stärken, so die Expert*innen des IMK. Den größten Effekt versprechen sie sich von Digitalisierungs-Investitionen in der Breite, die nicht einfach das US-Modell kopieren, bei dem gigantische

Informations- und Datenkonzerne entstehen, deren Ausstrahlung auf die restliche Wirtschaft eher begrenzt ist. Und auch Forderungen nach Lohnzurückhaltung oder Sozialabbau führen nach der Analyse der Ökonom*innen in die falsche Richtung. Denn während von einer forcierten Dämpfung bei der Arbeitskostenentwicklung nur ein relativ geringer positiver Effekt auf die wirtschaftliche Erholung zu erwarten sei, könnte eine erneute Bremsung beim privaten Konsum deutlich auf die verbleibende Hoffnung auf wirtschaftliche Erholung durchschlagen.

*Alexander Herzog-Stein, Ulrike Stein, Nico Rudolf: In Zeiten der Polykrise. Produktivitäts- und Arbeitskostenentwicklung 2025. IMK Report Nr. 202, August 2026. Download: https://www.boeckler.de/de/faust-detail.htm?sync_id=HBS-009467

O-Ton von IMK-Experten Prof. Dr. Alexander Herzog-Stein und Dr. Ulrike Stein: <https://bit.ly/imkreport202>

Kontakt in der Hans-Böckler-Stiftung

Prof. Dr. Alexander Herzog-Stein

IMK

Tel.: 0211-7778-235

E-Mail: Alexander-Herzog-Stein@boeckler.de

Ulrike Stein, PhD

IMK

Tel.: 0211-7778-339

E-Mail: Ulrike-Stein@boeckler.de

Rainer Jung

Leiter Pressestelle

(inhaltlich verantwortlich)

Tel.: 0211-7778-150

E-Mail: Rainer-Jung@boeckler.de

Hans-Böckler-Stiftung
Georg-Glock-Straße 18
40474 Düsseldorf

Impressum: <https://www.boeckler.de/de/impressum-2713.htm>

Tabelle (Tabelle 1 in der Studie)

Tabelle 1

Arbeitskosten je Stunde in Euro nach Wirtschaftszweigen im Jahr 2026

	Privatwirtschaft ¹				Privater Dienstleistungssektor ²				Verarbeitendes Gewerbe ³			
	AK/ Stunde	Position	% in Euro ⁴	% in LW ⁴	AK/ Stunde	Position	% in Euro ⁴	% in LW ⁴	AK/ Stunde	Position	% in Euro ⁴	% in LW ⁴
Luxemburg	56,2	1	3,0	3,0	61,3	1	2,9	2,9	48,4	6	3,1	3,1
Dänemark	53,3	2	2,6	2,7	52,8	2	2,6	2,7	55,0	1	2,9	3,0
Belgien ⁵	49,7	3	3,6	3,6	48,6	3	3,5	3,5	53,4	2	3,6	3,6
Schweden	46,6	4	7,2	3,7	46,7	4	7,6	4,2	47,2	7	6,0	2,6
Österreich	46,3	5	4,5	4,5	44,0	7	4,5	4,5	51,3	3	4,1	4,1
Niederlande ⁶	46,2	6	6,1	6,1	44,9	5	6,0	6,0	49,8	4	5,3	5,3
Deutschland	45,7	7	3,4	3,4	43,8	8	4,1	4,1	49,5	5	2,0	2,0
Frankreich	44,7	8	2,6	2,6	44,2	6	2,5	2,5	47,1	8	4,2	4,2
Irland	42,4	9	3,7	3,7	42,0	9	3,9	3,9	42,4	10	3,9	3,9
Finnland	40,6	10	4,0	4,0	39,4	10	4,3	4,3	43,6	9	3,8	3,8
Italien	31,5	11	3,8	3,8	30,6	11	3,8	3,8	32,8	11	3,4	3,4
Slowenien	30,0	12	7,6	7,6	30,4	12	7,6	7,6	29,8	12	7,4	7,4
Spanien	26,0	13	4,0	4,0	25,4	13	4,0	4,0	28,2	13	3,7	3,7
Estland	21,3	14	8,7	8,7	22,3	14	8,7	8,7	19,5	16	9,4	9,4
Zypern	19,9	15	3,4	3,4	21,1	15	3,3	3,3	14,6	25	3,3	3,3
Tschechien	19,8	16	9,6	7,7	19,3	19	10	8,5	20,2	14	8,1	6,3
Slowakei	19,7	17	6,8	6,8	19,9	17	6,6	6,6	19,3	17	6,8	6,8
Griechenland	19,5	18	9,2	9,2	20,2	16	9,1	9,1	18,2	19	10,7	10,7
Polen	18,3	19	10,0	8,4	18,7	20	10,5	8,8	17,1	20	10,2	8,5
Portugal	18,3	19	6,5	6,5	19,5	18	7,0	7,0	16,5	21	5,2	5,2
Kroatien	18,0	21	12,4	12,4	17,9	22	11,9	11,9	19,2	18	12,5	12,5
Litauen	17,6	22	8,2	8,2	18,3	21	8,4	8,4	16,4	22	7,7	7,7
Malta	17,6	22	1,0	1,0	17,7	23	0,4	0,4	20,0	15	6,2	6,2
Lettland	16,8	24	7,8	7,8	17,5	24	7,7	7,7	14,9	24	7,7	7,7
Ungarn	15,5	25	7,7	8,3	15,5	25	7,8	8,5	15,6	23	6,9	7,5
Rumänien	13,4	26	10,6	12,1	14,3	26	9,5	11,0	12,0	26	11,7	13,2
Bulgarien	11,8	27	13,1	13,1	12,7	27	12,5	12,5	10,2	27	13,9	13,9
Euroraum	38,6		3,8		36,4		4,0		39,5		3,2	
EU27 (ohne UK)	34,7		4,3		33,3		4,4		33,7		3,8	

1 Wirtschaftszweige B-N (NACE Rev. 2); B-F: Produzierendes Gewerbe, G-N: Marktbestimmte Dienstleistungen.

2 Wirtschaftszweige G-N: G: Handel, Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen; H: Verkehr und Lagerei; I: Gastgewerbe; J: Information und Kommunikation; K: Erbringung von Finanz- und Versicherungsdienstleistungen; L: Grundstücks- und Wohnungswesen; M: Erbringung von freiberuflichen, wissenschaftlichen und technischen Dienstleistungen; N: Erbringung von sonstigen wirtschaftlichen Dienstleistungen.

3 Wirtschaftsabschnitt C: Verarbeitendes Gewerbe.

4 Veränderungsrate in Prozent im Vergleich zum Vorjahr in Euro bzw. in Landeswährung (LW).

5 Die Werte für Belgien sind auf Grundlage der ersten beiden Quartale 2025 geschätzt.

6 Die Werte für die Niederlande für das Verarbeitende Gewerbe sind auf Grundlage der vier Quartalswerte für 2025 berechnet.